

Die Klimarechnung kann teuer werden

Laut vielen Forschern würde das Verpassen der globalen Ziele die Weltwirtschaft stark belasten – wie stark, ist aber unsicher

HANSUELI SCHÖCHLI

Klimapolitik ist nicht in Mode. Die Welt hat zurzeit dringlicher scheinende Probleme. Doch das Klimaproblem geht nicht weg. Im jüngsten Risikobericht des Weltwirtschaftsforums haben in der Liste der gravierendsten Langfristrisiken die drei zuoberst genannten Themen mit dem Klima zu tun: extreme Wetterereignisse, Kollaps des Ökosystems und kritische Änderungen im Erdsystem.

In der Schweiz bringt der Urnengang vom März zur Volksinitiative der Linksparteien für einen Klimafonds das Thema in den Brennpunkt zurück. Gemäss der Initiative müsste der Bund bis 2050 jährlich 0,5 bis 1 Prozent der Schweizer Wirtschaftsleistung in einen Subventionstopf für die Klimapolitik leiten; dies entspricht im Mittel etwa 5 bis 10 Milliarden Franken pro Jahr.

Die Initianten sind nicht wirklich für Nachhaltigkeit: Sie wollen die Kosten des verlangten Fonds durch Erhöhung der Bundesschulden den kommenden Generationen anhängen – und sie drängten in separaten Vorstössen etwa zur AHV auf staatliche Zusatzmilliarden im Namen der kurzfristigen Konsumsteigerung. Doch eine Hauptbotschaft der Ja-Kampagne zum Klimafonds hat in der Fachwelt erheblichen Sukkors: Eine stärkere Bekämpfung des Klimawandels könnte deutlich günstiger sein als der Verzicht auf eine Kursänderung.

Paris ist weit weg

Gemäss der Pariser Klimavereinbarung von 2015 sollte der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur im Vergleich zur «vorindustriellen» Periode 1850 bis 1900 unter 2 Grad bleiben und möglichst 1,5 Grad nicht überschreiten. Von 2011 bis 2020 lag die globale Durchschnittstemperatur um 1,1 Grad über der Vergleichsperiode, von 2023 bis 2025 waren es im Mittel schon mehr

Klimafonds

Eidgenössische Abstimmung
vom 8. März 2026

als 1,5 Grad. Laut einer Analyse der Universität Cambridge und der Boston Consulting Group von 2025 deutet der derzeitige Kurs der Welt auf einen Anstieg um 3 Grad bis 2100 – was hohe volkswirtschaftliche Kosten zur Folge haben könne.

Gemäss einem Uno-Bericht im Umfeld der Klimakonferenz vom November 2025 in Brasilien könnte der Temperaturanstieg bei Erfüllung aller Länderversprechen auf 2,3 bis 2,5 Grad be-



Starkniederschläge und Erdbeben gehören zu den Folgen der Klimaerwärmung.

MICHAEL BUHOLZER / KEYSTONE

grenzt sein. Auch dies wäre indes noch deutlich von den Pariser Zielen entfernt. Und versprochen heisst noch lange nicht umgesetzt.

Eine striktere Klimapolitik ist politisch schmerzhaft. So sind die Kosten eines solchen Kurses rasch spürbar, während der Nutzen grösstenteils erst viel später anfällt. Und der Nutzen ist extrem schwierig abzuschätzen: Die Zusammenhänge sind komplex, der Abschätzungszeitraum umfasst dreissig bis achtzig Jahre, die Folgen können je nach Region und Anpassungsmassnahmen sehr unterschiedlich sein, mögliche Kippeffekte beim Überschreiten gewisser Temperatur-Schwellenwerte sind kaum berechenbar, und die Schätzungen hängen auch stark von gewissen Annahmen ab.

Die Erwärmung kann vor allem in kälteren Gebieten Vorteile haben – wie etwa weniger Kältetote im Winter und Mehrerträge in der Landwirtschaft. Aber gemäss gängigen Abschätzungen überwiegen im globalen Mittel die Nachteile einer starken Erwärmung deutlich. Hier einige oft genannte Stichworte: Hitzewellen, Dürreperioden, Anstieg des Meeresspiegels, Überschwemmungen, mehr Krankheiten, Artenster-

ben, mehr extreme Wetterereignisse. Für die Schweiz listete 2025 ein Bundesbericht 34 Klimarisiken bis 2060 auf – unter anderem mit Gefahren für Ökosysteme, Gesundheit, Landwirtschaft und Tourismus.

Schlimmer als die Pandemie

Die Schätzungen der internationalen Forschungsliteratur zu den langfristigen Kosten des Klimawandels gehen zum Teil weit auseinander – was angesichts der methodischen Schätzprobleme fast in der Natur der Sache liegt. So zeigt zum Beispiel eine Analyse aus dem Jahr 2022 von gut dreissig Einzelstudien für einen Temperaturanstieg von 3 Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit Kostenschätzungen von langfristig etwa null bis fast zehn Prozent der Wirtschaftsleistung pro Jahr.

Ein weiterer Forschungsüberblick von 2025, der knapp vierzig Einzelstudien umfasst, mündete in einer Gesamtschätzung der langfristigen Wohlstandseinbusse für das 3-Grad-Szenario von rund 3 Prozent bis etwa 9 Prozent. Unter Einbezug möglicher katastrophaler Folgen wären es laut Mutmassungen gar 7 bis fast 13 Prozent. Eine internationale

Forscherguppe mit Beteiligung von ETH-Experten schätzte 2024 die langfristige Wohlstandseinbusse im 3-Grad-Szenario im Vergleich zum 1,5-Grad-Szenario auf etwa 7 Prozent. Zum Vergleich: Im Pandemiejahr 2020 sank die globale Wirtschaftsleistung gegenüber dem Vorjahr um gut 3 Prozent – und dann kam eine rasche Erholung.

Die Klimakosten für die einzelnen Länder hängen unter anderem ab vom bisherigen Klima (tiefere Kosten in kalten Regionen), von der Meeresanbindung (Überschwemmungsgefahr), von der Wirtschaftsstruktur und vom Wohlstand (reichere Länder können sich eher anpassen). In der Schweiz liegt der Temperaturanstieg deutlich über dem globalen Mittel. Laut Meteo Schweiz wird dies wohl auch künftig der Fall sein. Dennoch rechnen internationale Analysen für die Schweiz mit unterdurchschnittlichen Kosten der globalen Erwärmung. Dies dürfte unter anderem mit dem hohen Wohlstand und dem relativ moderaten Schweizer Klima zu tun haben.

Der Bundesrat hatte 2021 in seinem Bericht zur langfristigen Klimastrategie geschrieben, dass die Schweiz 2050 bei ungebremster Erwärmung mit Kosten

von «bis zu» 4 Prozent der Wirtschaftsleistung zu rechnen hätte – was etwa 2,5 Prozentpunkte höher sei als die Erwärmungskosten bei Erreichen der Pariser Klimaziele. Diese Differenz entspräche bei heutiger Wirtschaftsgrösse jährlichen Kosten von gut 20 Milliarden Franken, was laut der Regierung über dem erwarteten Aufwand für das Erreichen des Netto-Null-Ziels zum Ausstoss von Treibhausgasen liegt. Eine vom Bund bestellte Studie von Ecoplan hatte geschätzt, dass der Aufwand einer solchen Klimapolitik das Schweizer Wohlfahrtsniveau 2050 um etwa 1 bis 2 Prozent senken würde.

Der Bundesrat verwies in seinem Bericht zur Klimastrategie namentlich auf die Studie einer Forschergruppe des Internationalen Währungsfonds von 2019. Diese hatte für die Schweiz bei einer globalen Erwärmung um 4 Grad bis 2100 eine Wohlstandseinbusse von etwa 4 Prozent des Bruttoinlandprodukts für 2050 und von 12 Prozent für 2100 geschätzt. Eine Schweizer Analyse von 2017 war für 2060 beim Politikscenario «weiter wie bisher» auf viel tiefere Werte gekommen, doch sie umfasste laut den Autoren nur einen kleinen Teil der Klimakosten. Eine neue und umfangreichere Schweizer Studie soll heuer kommen.

Ist die CO₂-Abgabe zu tief?

Zu den gängigen Darstellungsarten gehören auch Kostenschätzungen pro Tonne ausgestossener Treibhausgase (vor allem CO₂). Eine vom Bund bestellte Analyse der Beratungsbüros Infras und Ecoplan von 2024 bezifferte auf Basis der internationalen Forschungsliteratur die zentrale Schätzung der Klimakosten auf 430 Franken pro Tonne CO₂-Ausstoss – was weit über der derzeitigen CO₂-Abgabe von 120 Franken liegt. Die Autoren nennen ihre Schätzung konservativ, da mangels Daten nicht alle Klimakosten erfasst seien. 2025 bezifferte eine Übersichtsarbeit über fast 450 Einzelstudien den Durchschnitt der Kostenschätzungen auf rund 400 Dollar pro Tonne CO₂-Ausstoss, doch viele Schätzungen lagen unter 200 Dollar. Tendenz: Neuere Schätzungen sind höher als ältere.

Das Fazit aus all dem: Keiner kann die Klimakosten von 2050 oder 2100 kennen, aber das Risiko von hohen Einbussen für die Welt und abgeschwächt auch für die Schweiz bei ungebremster Erwärmung ist bedeutend. Ob die Klimafondsinitiative eine gute Antwort auf dieses Risiko wäre, ist indes eine ganz andere Frage. Diese wird Gegenstand eines kommenden Textes sein.